**Der Ausbau der Tageschulen: Eine unreflektierte und unrealistische Forderung**

**Heutiger Zustand**

Es wird behauptet:

1. Das Tagesschulangebot ist ein grosses Bedürfnis der Eltern.
2. Die Eltern zahlen die Tagesschule zu grossen Teilen selber.

Fact ist:

1. Im Kanton Bern nehmen nur gerade 15% aller Schüler/-innen ein Tagesschulangebot in Anspruch.
2. Der Kanton zahlt 70%, also ca. 30 Mio. CHF/Jahr und die Gemeinden 30% plus Infrastrukturkosten.

**Die heutige Bildungslandschaft**

Bevor ein Ausbau des Tagesschulangebotes diskutiert werden kann, ist die ganze heutige Bildungslandschaft zu betrachten:

* Bedürfnisse der Kinder
* Wirksamkeit der eingeführten Schulreformen
* Geplante weitere Schulreformen

Zudem sind die verschiedenen Anliegen zu gewichten und Prioritäten müssen festgelegt werden, damit die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel entsprechend eingesetzt werden können.

Schulreformen

Wegen Schulreformen wie „Integration aller Kinder in Regelklassen“ und „Obligatorische Einschulung von Vierjährigen“ werden vom Parlament zusätzliche Gelder verlangt.

Diese Reformen sind äusserst problematisch.

* Die Integration von Kindern mit Defiziten in Regelklassen hat zu einem Therapiewahn geführt, und jährliche Kosten für den Kanton von ca. 120 Millionen CHF ausgelöst. Auch bringt dieser individuelle Förderunterricht Unruhe in die Klassenzimmer, denn er findet parallel zum Unterricht der Regelklassen statt. Dadurch verpasst das Kind, welches seine Defizite aufarbeiten muss, wichtige Unterrichtssequenzen seiner Mitschüler/-innen. Vor allem Unterstufenschulkinder brauchen Zuwendung durch die Lehrperson, aber auch klare Strukturen möglichst in einem Kleinklassenverband. Für die Regelklassenlehrperson bedeuten die Absprachen mit der Förderlehrkraft und die Evaluationen eine grosse Zusatzbelastung. Seit dieser Reform fallen im Kanton Bern pro Jahr durchschnittlich 100 Lehrkräfte während ungefähr einem halben Jahr wegen eines Burnouts aus, was den Kanton sehr teuer zu stehen kommt. Hier sollte mit Klassen mit kleineren Schülerzahlen Abhilfe geschaffen werden. Es kann nicht sein, dass für ein Tagesschulangebot eine Betreuerperson pro 10 Kinder angestellt werden muss, im Schulunterricht (mit klarem Bildungsauftrag und unter erschwerten Umständen) aber das Betreuerverhältnis mehr als doppelt so hoch ist.
* Durch die Einführung des zweijährigen, obligatorischen Kindergartens und von Blockzeiten haben sich die Arbeitsbedingungen der Kindergärtner/-innen erschwert. Die Vierjährigen sind von ihrem Entwicklungsstand her auf viel Betreuung angewiesen. Die grösseren Kinder müssen auf den Schuleintritt vorbereitet werden. Den Eltern wurde versprochen, ihre Kinder würden dank des zweijährigen, obligatorischen Kindergartens optimal gefördert, also nicht nur gehütet. Dieses Versprechen ist aber kaum einzulösen. Deshalb ist es zwingend nötig, das Betreuungsverhältnis bei Kindergartenklassen mit vielen Vierjährigen zu reduzieren oder aber – wie bei Basisstufenklassen – 150 Stellenprozente pro Klasse zu ermöglichen.
* Auf weitere Schulreformen ist zu verzichten.

**Korrekturen bei den Tagesschulangeboten**

Auch wenn der Kanton und die Gemeinden in schwierigen finanziellen Situationen stecken, darf die Qualität unserer Schulen nicht vernachlässigt werden.

Aber bei den Tagesschulangeboten können und müssen Korrekturen angebracht werden.

Folgende Korrekturen müssen diskutiert werden:

1. Die Elterntarife pro Betreuungsstunde in der Tagesschule sind anzuheben,
2. die Lohn-Obergrenze, ab welcher der volle Betrag pro Stunde bezahlt werden muss, muss tiefer angesetzt werden. (Es kann nicht sein, dass Familien mit mehr als 150 000 CHF. Einkommen von den Steuerzahlenden subventionierte Tagesschulplätze erhalten!),
3. die Mindestgruppengrösse in Tagesschulen ist analog der Grösse einer normalen Schulklasse festzulegen, und
4. für die Kinderbetreuung sind geeignete Betreuerpersonen auch ohne pädagogische Ausbildung zuzulassen.

Die ausserschulische Betreuung der Kinder darf keine Staatsaufgabe werden, welche von allen Steuerzahlenden beglichen werden muss. Ansonsten müssen wegen mangelnden finanziellen Mitteln Abstriche bei der Bildung gemacht werden. Eltern sollen die Freiheit haben, ihre Kinder nach ihren Bedürfnissen zu betreuen, müssen aber dafür auch Verantwortung übernehmen.

*Sabina Geissbühler-Strupler, Primar- und eidg. dipl. Turn-/Sportlehrerin, Grossrätin, Herrenschwanden.*